

100 Jahre Räterepublik - Die unaufgearbeitete Geschichte einer Niederlage

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,
es ist mir eine große Ehre heute zu dieser historischen Gelegenheit hier sprechen zu dürfen.

In meinem Referat werde ich zuerst die Situation in Bremen zwischen November 1918 und Februar 1919 in groben Zügen nachzeichnen. Danach werde ich die Bremer Räterepublik und ihr notwendiges Scheitern in den historischen Kontext einordnen, dabei stütze ich mich im Wesentlichen auf Analysen Rosa Luxemburgs. In einem letzten Teil werde ich darauf eingehen, wie sich die Versäumnisse von damals bis auf die heutige Zeit auswirken. Weil ich keine Historikerin bin, greife ich bei der Zusammenstellung der Ereignisse in Bremen während der Novemberrevolution auf die fundierten Arbeiten Peter Kuckuks zurück.

Als die Matrosen Anfang November 18 streikten, fand das sofort einen Widerhall in der Bevölkerung. So standen zu ihrem Empfang in Bremen tausende von ArbeiterInnen bereit. Anders als in vielen anderen Teilen Deutschlands regierte in Bremen nicht der Adel, sondern ein Senat. Als der Kaiser abdankte und die Republik ausgerufen wurde, änderte sich in Bremen also gar nicht so viel wie in anderen Teilen Deutschlands. Vom 6. bis zum 14. November 1918 regierten in Bremen die Arbeiter- und Soldatenräte. Die Mitglieder dieses 210 köpfigen Rates kamen aus der USPD oder waren Unabhängige. Dazu kamen Vertreter der großen Bremer Betriebe. Doch schon als Unterausschüsse gebildet werden mussten, war klar, dass den Mitgliedern des A&S Rates wichtige Kompetenzen fehlten, weshalb zusätzlich Gewerkschafter in den Rat berufen wurden. Diese gehörten der MSPD (MehrheitsSPD) an, die in Bremen allerdings nicht die Mehrheit hatte. Weil der Rat weder auf die Verwaltungstätigkeiten des Senats verzichten konnte noch wollte, nutzte er weiterhin dessen Potentiale. Allerdings übernahm der A&S Rat am 14. November auch die Legislative, hatte also gesetzgebende Funktion. Der alte Senat behielt die Deputationen weiterhin in seiner Hand. Er hatte die Macht – und das sollte sich später als verhängnisvoll herausstellen – über die Finanzen der neuen Regierung.

Einen Tag später gab es einen Vorstoß, an dem auch die MSPD beteiligt war, den Senat und die Bürgerschaft wieder in ihre alten Rechte einzusetzen und dem A&S Rat lediglich ein Vetorecht einzuräumen. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Die Entscheidung tendierte in Richtung Räterepublik, denn das, was in Bremen erreicht worden war, war zwar praktikabel, entsprach aber nicht der Forderung der Kommunisten: „Alle Macht den Räten“. Dass aber überhaupt ein solcher Antrag gestellt werden konnte, zeigt, dass es im A&S Rat auch Rätegegner gab. Wegen der politischen Ausrichtung hin zur Räterepublik schieden die Mitglieder der MSPD Ende 1918 freiwillig aus.

Als am 6. Januar Neuwahlen des Arbeiterrates stattfanden, nahm die MSPD um sich Stimmen zu sichern und die Arbeit des A&S Rates zu sabotieren, eine große Anzahl

von Angestellten und Beamten in ihre Reihen auf. Dieser Plan ging auf. Woraufhin die Kommunisten die Entfernung der Arbeitverräter aus dem Rat forderten. Die ersten zwei Revolutionsmonate waren für alle Seiten sehr turbulent. Der Rat hatte in dieser Zeit Verordnungen zur Erwerbslosenfürsorge erlassen und sich mit internen Problemen beschäftigt. Es waren erste tapsende Versuche, die hier unternommen wurden, Vorbilder, an denen man sich orientieren konnte, gab es in Deutschland nicht. Auf der anderen Seite war man aber auch nicht untätig. Das Bürgertum organisierte sich im Bürgerausschuss, um dem Rat den Boden zu entziehen. Auch der Soldatenrat spielte eine ambivalente Rolle. Zu seinen Aufgaben gehörte es, für Ruhe und Ordnung zu sorgen und das Privateigentum zu schützen. Er agierte somit stabilisierend im Sinne der alten Mächte und verhinderte zeitweise ein Abdriften der Revolution nach links. Allerdings setzte im Verlauf der Zeit ein Wandel ein und am 21. Dezember übergab der Soldatenrat die Bremer Bürger Zeitung in die Hände der Unabhängigen. Der wichtigste Streitpunkt war die Bewaffnung des Proletariats. Die Frage danach ergab sich aus der Angst vor der Rückkehr des reaktionären 75. Regiments, in das das Bürgertum seine Hoffnung setzte. Das war der eigentliche Grund, weshalb das Bürgertum die ganze Zeit über still hielt und sich nicht mit den Revolutionären anlegte. Es hoffte nämlich, dass die revolutionäre Phase eine kurze sein würde, dass „seine“ Soldaten, dem Spuk ein Ende bereiten würden – womit es leider recht behalten sollte, auch wenn es nicht das 75. Regiment war, denn dieses wurde bei seiner Rückkehr am 1. Januar durch einen Trick entwaffnet, sodass es zu keinem Blutvergießen kam. Was im Bürgertum wahrscheinlich wenig Begeisterung ausgerufen hat, denn Teile des desselben wandten sich daraufhin an die Reichsregierung und die Oberste Heeresleitung in Berlin.

Dass in Bremen die Räterepublik ausgerufen wurde, hatte verschiedene Gründe. Ein wichtiger war, dass die Kommunisten an eine neue Phase der Revolution glaubten, als sie von den Spartakusaufständen in Berlin erfuhren. Die Räterepublik in Bremen sollte die Aufstände in Berlin unterstützen. Außerdem sollten Senat und MSPD endgültig ausgeschaltet werden. Ziel war die proletarische Revolution.

Die Proklamation der Bremer Räterepublik erfolgte am 10. Januar und überraschte selbst Mitstreiter aus den eigenen Reihen. So war die USPD nicht eingeweiht worden. Die Proklamation selbst war eine unblutige Angelegenheit, die auf dem Marktplatz erfolgte. Der A&S Rat wählte aus seiner Mitte den Rat der Volksbeauftragten, der an die Stelle des Senats trat. der Verwaltungsapparat blieb weiterhin bestehen. Das schwerwiegendste Problem der Republik war, dass die Banken der Revolution die Mittel verwehrten und alle Kredite sperrten. Damit zwangen sie die Revolutionäre zur Aufgabe ihrer Prinzipien. Diese mussten in die Rückkehr zu einem parlamentarischen System einwilligen, der Termin für die Wahlen stand schon fest, es war der 2. März. Dazu kamen interne Streitigkeiten. Ein letzter Ausweg hätte in einer gemeinsamen Regierung aus den drei sozialistischen Parteien bestanden, doch dazu kam es nicht mehr, denn die grundsätzliche Rätefeindschaft der Reichsregierung zeigte sich, als Noske seine Truppen nach Bremen schickte, obwohl die Räteregierung bereits ihren Rücktritt erklärt und die Arbeiter der Rückgabe ihrer Waffen zugestimmt hatten. All das reichte Noske nicht, er wollte die Vernichtung des Gegners. Und so gab er den Befehl zur militärischen

Niederschlagung durch die Division Gerstenberg und das Freicorps Caspari, zusammen insgesamt ca. 3600 Mann. Auf der Seite der Revolution waren es ca. 1250 Menschen, die sich der Gewalt entgegenstellten, darunter auch 250 Matrosen aus Cuxhaven. Viele von ihnen waren unbewaffnet. Während der zwölf Stunden andauernden Gefechte kamen auf Seiten der VerteidigerInnen 57 Menschen ums Leben, die Hälfte davon ZivilistInnen. Auch sechs Kinder werden getötet.

Nach der blutigen Niederschlagung der Räterepublik wurde erst einmal eine provisorische Regierung aus fünf MSPDlern gebildet und der Belagerungszustand ausgerufen. Diese Regierung nahm sämtliche Verordnung der Räterepublik zurück. Es sollten keine Spuren bleiben – dabei ging es um Errungenschaften für die Arbeiter und die notleidende Bevölkerung.

Ein Vorwurf gegen die Räteregierung war gewesen, dass sie nicht demokratisch legitimiert sei, weil sie nicht auf den Mehrheitswillen der Bevölkerung setzen konnte – was sie aber auch nie beansprucht hatte. Die Regierung, die der Räterepublik folgte, war es allerdings noch viel weniger.

Bei der Wahl der neuen Regierung erhielten die drei zugelassenen sozialistischen Parteien knapp 60% der Stimmen. Es kam aber nicht zu einer sozialistischen Regierung, weil die MSPD eine gemeinsame Regierung mit den Bürgerlichen favorisierte, von denen die meisten schon dem vorrevolutionären Senat angehört hatten. So wurden auf Betreiben der SPD nach fünf Monaten die vorrevolutionären Zustände zum Teil wieder hergestellt. Es herrschte wieder Ordnung! Man konnte sich zurücklehnen. Natürlich galt das nicht für alle. Die Revolution selbst ist Beweis genug, dass es Menschen gab, die die Lage durchschauten, die wussten, dass eine reformistische MSPD die Verhältnisse nicht zum Tanzen bringen würde. Das waren USPDler und Spartakisten, die zur Jahreswende 1918/ 19 also zeitgleich mit der Revolution in Bremen, in Berlin die KPD gründeten. Deren wichtigste Köpfe, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht waren schon tot als Noske das Massaker auf die Bremer Revolutionäre befahl, bloß um zu zeigen, wer der neue Herr im Haus ist. Denn nur darum war es gegangen. In Bremen, in Berlin, überall dort, wo die Menschen das Festhalten der Regierung an der Revolution forderten, wurden sie brutal ermordet von der Partei, in die sie all ihre Hoffnung gesetzt hatten. Das ist das Verhängnis der Geschichte. Rosa Luxemburg hätte gesagt, nicht dass die Republik scheiterte, war das Drama, sondern der Umgang damit. Das Scheitern selbst war zu erwarten gewesen, in Bremen wie in Berlin, wo der sog. Spartakusaufstand nach nur einer Woche blutig niedergeschlagen wurde. Für das Scheitern gab es gute Gründe: die politische Unreife der Soldatenmasse, der Mangel an Erfahrung mit Regierungsaufgaben, es fehlte eine Partei, es fehlte eine Intelligenz und Experten und es fehlten Analyse, Reflexion und Selbstkritik. Vor allem fehlte Zeit. Für die proletarischen Massen hätte die Bremer Räterepublik ein wichtiger weiterer Schritt auf dem Weg zur Selbstbefreiung sein können. Wären die Gründe des Scheiterns richtig aufgearbeitet worden, hätte sich daraus für die Zukunft vieles lernen lassen. Anders sieht es aus, wenn man auf die parlamentarische Seite schaut. Die SPD hatte in den fast fünfundvierzig Jahren bis zum Kriegsausbruch eine permanente Erfolgsgeschichte zu verzeichnen gehabt. Sie war eine echte Massenbewegung mit

über zwei Millionen Stimmen. Im Reichstag stellte sie zuletzt 110 Abgeordnete, hatte Arbeiterbildungsvereine, Publikationsorgane, war die stärkste Kraft in der II. Internationale. Sie galt die echte Erbin der Gedanken von Marx und Engels. Und dennoch versetzte sie sich selbst am 4. August 1914 mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten eine große politische und moralische Niederlage. Es war eine politische Bankrotterklärung umso bitterer, weil man innerhalb der Internationale die Gefahr eines Krieges schon lange gesehen hatte. Man wusste, dass es kein Verteidigungskrieg war, der dort im Anzug lag, sondern ein imperialistischer Weltkrieg, den die Herrschenden vorbereiteten. Die Arbeiter sollten lediglich als Kanonenfutter dienen. Was sich dann am 4. August im Reichstag abspielte, hätte für R.L. dennoch nicht das Ende der Sozialdemokratie bedeuten müssen, sie glaubte daran, dass die SPD-Führung ihre Fehler korrigieren würde, weswegen sie auch so lange mit der Gründung einer neuen Partei zögerte, aber dieser Wandel kam nicht, bis die SPD durch die blutige Niederschlagung der Arbeiteraufstände endgültig klar gemacht hatte, dass sie sich von der Revolution verabschiedet hatte und nur noch auf Reformismus setzte. Bis 1898 hatte für die SPD unbedingt gegolten, dass die Sozialreform das Mittel, die Revolution das Ziel des Kampfes der Sozialdemokratie war. Dennoch gab es mit der Zeit immer mehr Funktionäre, die sich im Kapitalismus einrichten und die Revolution auf den Sankt Nimmerleinstag verschieben wollten. Warum aber?

In einer Debatte zwischen Luxemburg und Lenin ging es um die Organisation der russischen Sozialdemokratie, genauer darum, wie sich verhindern ließe, dass sich das reformistische Lager durchsetzt. Luxemburg belehrte Lenin über den Charakter der Sozialdemokratie, die für sie nicht einfach mit den Massen verbunden, sondern die eigene Bewegung der Arbeiterklasse ist. Eine Stelle, die Luxemburg gegen Lenin anbringt, ist so schön, dass ich sie vorlesen muß: „Je weniger nun in der gegenwärtigen Kampfperiode die Selbstbetätigung, die freie Initiative, der politische Sinn der aufgewecktesten Schicht der Arbeiterschaft entfesselt, je mehr sie durch ein sozialistisches Zentralkomitee geleithammelt und gedrillt wird, umso leichter wird das Spiel der bürgerlichen Demagogen in dem renovierten Russland sein, umso mehr wird die Ernte der heutigen Mühen der Sozialdemokratie morgen in die Scheunen der Bourgeoisie wandern.“ Und bezogen auf Deutschland schreibt sie: „Wenn sich einmal der massenhafte Zufluss nichtproletarischer Elemente zu der Sozialdemokratie aus so tiefgewurzelten sozialen Ursachen ergibt, wie der rapide wirtschaftliche Zusammenbruch des Kleinbürgertums und der noch rapidere politische Zusammenbruch des bürgerlichen Liberalismus, das Aussterben der bürgerlichen Demokratie, dann ist es nicht im Interesse der Arbeiterbewegung diese Elemente zurückzudrängen. Die SPD muss für sie die politische Partei des Volkes gegen eine winzige Minderheit der herrschenden Bourgeoisie werden. Es kommt nur darauf an, den nichtproletarischen Oppositionsgeist der revolutionären proletarischen Aktion einzugliedern, mit einem Worte, die ihr zufließenden Elemente sich zu assimilieren. Letzteres sei nur möglich durch eine kräftige geschulte proletarische Kerntruppe.“ Das war 1904 (!). Auf die nichtproletarischen Elemente hat auch die MSPD während der Räterepublik in Bremen gesetzt und sie für ihre Zwecke instrumentalisiert. Das funktionierte, weil durch den vierjährigen faktischen Lockdown während des Krieges keine revolutionäre Agitation stattgefunden hatte.

Und bis heute ist es so, dass die Angestellten mit dem Bürgertum nicht den Wohlstand teilen, wohl aber die Überzeugung etwas Besseres zu sein. Während Arbeiter Arbeiter bleibt, träumen die Angestellten vom Aufstieg. Der entscheidende Punkt an dieser Stelle ist aber ihr Glaube an Autorität und an die bestehende Ordnung. Ordnung, diesem etwas langweilig und bieder klingenden Begriff wohnt eine tödliche Gefahr inne. In Köpfen, die zur Unterordnung gedrillt sind, ist alles aushaltbar, nur eben nicht der Verlust der Ordnung. Als das Proletariat die herrschende Ordnung stürzen wollte, wurde es von der kleinbürgerlichen Reaktion mit furchtbarer Gewalt niedergemetzelt, in Berlin genauso wie in Bremen.

Rosa Luxemburg starb in dem festen Glauben an die Revolution. Sie endet ihr Pamphlet „Ordnung herrscht in Berlin“, das nur einen Tag vor ihrem Tod in der Roten Fahne erschien, mit den Worten: „Ordnung herrscht in Berlin!“ Ihr stumpfen Schergen! Eure „Ordnung“ ist auf Sand gebaut. Die Revolution wird sich morgen schon „rasselnd wieder in die Höh' richten“ und zu eurem Schrecken mit Posaunenklang verkünden: Ich war, ich bin, ich werde sein!

Heute wissen wir es besser. Wir leben noch immer unter der Ordnung. Dieses ewige Herumdümpeln, dieses Treten auf der Stelle, dieses ein Schritt vorwärts und zwei zurück, all das hat, denke ich, viel damit zu tun, dass wir der Organisationsfrage und dem Aufbau einer echten revolutionären Partei bis heute ausweichen. Denn dass es einer Partei braucht, um den langwierigen parlamentarischen Weg bis zur Revolution zu gehen, sollte klargeworden sein. Jetzt gerade befinden wir uns wieder in einer Phase des Burgfriedens. Die Parteien halten still, um, wie sie sagen, die Wirksamkeit der Maßnahmen nicht zu gefährden. Aber stillhalten ist heute so falsch, wie es vor einhundert Jahren war. 1914 waren es die Kriegskredite, heute sind es 2% für Rüstung und Coronahilfen für Unternehmen wie die Lufthansa. Krieg und Krise sind die verschiedenen Seiten einer Medaille, haben wir das vergessen? Noch ein Wort zu den inzwischen in Verruf geratenen bürgerlichen Rechten und den unzufriedenen Menschen, die jetzt auf die Straße gehen. Auch Rosa Luxemburg wusste, dass die bürgerliche Demokratie auf Ausbeutung und Ungleichheit fußt. Wenn sie den Kampf für die bürgerlichen Rechte hochhielt, tat sie es in dem Wissen um die Unterscheidung zwischen der herben Schale der bürgerlichen Demokratie und sah darunter den süßen Kern der wahren Freiheit und Gleichheit der sozialistischen Gesellschaft.

Die Spontaneität der Massen, die Rosa Luxemburg so hochhielt, beinhaltet ein Risiko, weshalb Lenin den Zentralismus hochhielt. Luxemburg betonte an verschiedenen Stellen, dass eine Volkspartei nicht einfach die Stimmung der Massen aufgreift und in deren Sinne agiert. Eine Partei wird zu einer Partei der Massen, wenn es ihr gelingt, die unzufriedenen Massen zu schulen und zu organisieren. Anfangs nur als die Speerspitze der Bewegung. Was heute geschieht ist genau das Gegenteil. Heute heißt es, man müsse sich an die Massen anpassen und wenn die nach rechts schwenken, zieht man mit. Letztens las ich auf einem Flugblatt: „Für Linke wäre es gerade deswegen nötig, sich in die Proteste einzumischen und den Ballwegs die Führung streitig zu machen.“ Dieser Satz hätte von Rosa Luxemburg stammen können.

Liebe GenossInnen, ich denke, hundert Jahre sind genug. Wir müssen die Geschichte endlich aufarbeiten. Ich könnte an dieser Stelle noch weitermachen, doch denke ich, diese Diskussion sollte man an anderer Stelle und an einem wärmeren Ort weiterführen. Ich danke allen Anwesenden für das geduldige Zuhören.

Petra Scharrelmann

Hartmut Drewes